

Bürgerbewegungen FFF Für Frieden & Freiheit

Im ganzen Land wächst der Widerstand gegen die vollkommen überzogenen und vor allem unverhältnismäßigen Freiheitsberaubungen im Zuge der Coronapolitik der Altparteien. In über 50 Städten in Sachsen gibt es regelmäßig Montagsdemos. Dazu kommen Kundgebungen, Mahnwachen, Spaziergänge und Autokorsos. Anmelder sind neben der AfD vor allem „Querdenken“, „Eltern stehen auf“, verschiedene Friedensbewegungen und Bürgerbündnisse wie bspw. „Bürgerbündnis Bautzen“ und „Bürger für Frieden und Freiheit“. Sie alle vereint, unabhängig von ihren politischen Grundüberzeugungen der Wille, zur Normalität, wie wir sie vor der politisch motivierten Coronakrise herrschte, zurückzukehren. Hörte sich „normal“ vor Corona eher bieder und langweilig an, sehnen sich heute Menschen genau nach dieser Normalität, dass sie in den Urlaub fahren, in ein Restaurant, Museum oder Theater gehen können, dass Enkel ihre Großeltern in den Arm nehmen können, ohne dass ihnen eingeredet wird, sie wären dann verantwortlich, wenn Oma oder Opa danach sterben. Eine ungeheure Aussage. Apropos Kinder, sie trifft die andauernde Freiheitsberaubung und das permanente unter Stress setzen am meisten. Versuchen Sie sich in die Lage eines Kindes zu versetzen, das in der Schule im Beisein seiner Schulkameraden einen Test machen muss und dann während der 15 Minuten, bis das Ergebnis erscheint, inständig hofft, nicht positiv zu sein, um dann nicht wie ein Aussätziger behandelt zu werden. Eine grausame Vorstellung! Laut Bundes Psychotherapeuten Kammer leiden 80 % aller Kinder unter dem erneuten Lockdown. 1/3 aller Kinder sind psychisch auffällig. Schluss mit dem Lockdown, vor allem für unsere Kinder!

Karsten Hilse, MdB

Richtungsweisende Entscheidungen der Delegierten auf dem Bundesparteitag in Dresden

Schon am Sonnabend trafen die Delegierten wichtige Entscheidungen. Eigentlich sollte in Dresden nicht nur das Programm zur Bundestagswahl beschlossen werden. Es sollte

auch ein Spitzenkandidat oder Spitzenteam gewählt werden. Da aufgrund der überzogenen Coronabeschränkungen in einigen Bundesländern die Landeslisten noch nicht gewählt werden konnten, hätte es unter Umständen Benachteiligungen für einzelne Kandidaten geben können. Eine Mehrheit der Delegierten schloss sich also den Mitgliedern an, die sich in einer Mitgliederbefragung dafür ausgesprochen hatten, das Spitzenteam erst nach erfolgter Wahl aller Landeslisten vorzunehmen.



Noch vor der Befassung mit dem Leitantrag und den 171 Änderungsanträgen brachte Karsten Hilse eine Corona-Resolution ein, in der er und weitere Delegierte u.a. forderten, ein unabhängiges Expertengremium einzusetzen, den PCR-Test nicht als alleiniges Indiz für eine Infektion zu nutzen, schlussendlich den Lockdown zu beenden und den Menschen ihre Freiheit, ihr Selbstbestimmungsrecht und die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte allumfassend zurückzugeben. Die komplette Resolution



finden Sie auf Seite 4.

Die Resolution stieß auf großes Interesse bei den Leitmedien, die sie in bewährter Manier zu diskreditieren versuchten. NTV titelte gar „AfD fasst Radikalre-

solution zu Corona-Kurs“. Allerdings ist die Forderung, zur Normalität zurückzukehren, nicht radikal, sondern vernünftig!

Der nächste Paukenschlag auf diesem Parteitag war die in das Bundestagswahlprogramm geschriebene eindeutige Forderung der AfD aus der Europäischen Union AUSZUTRETEN!

Die bisherige Formulierung, dass man die EU reformieren wolle, wich der klaren Aussage, dass aus Sicht der AfD diese EU nicht mehr reformierbar und deshalb der Austritt unumgänglich sei. Jeder, der sich mit diesem Bürokratiemonster nur etwas näher befasst und sich vor Augen führt, wie diese EU massiv die Souveränität der Nationalstaaten und die Freiheitsrechte der Bürger mit Füßen tritt, wie sie Deutschland ausbluten lässt, damit Südländer wie Italien, Griechenland, Portugal usw. ihren Bürgern soziale Segnungen zuteilwerden lassen können, von denen Rentner in Deutschland nur träumen können, kommt unweigerlich zu der Erkenntnis, dass der Austritt aus der EU der einzig sinnvolle und vor allem dringend notwendige Schritt ist. Wolfram Weimer schrieb schon im Jahre 2015 über den sogenannten Stabilitätspakt der EU: „In Frankreich wird darüber inzwischen gelacht; der Pakt sei wie Versailles, nur ohne Krieg: Deutschland zahlt!“ Die AfD bekennt sich damit zur Forderung von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle nach einem „Europa der souveränen Vaterländer“.

**NICHT INS ALTPAPIER!
Nach dem Lesen weitergeben.**

Das friedliche Zusammenleben der Völker ist ein hohes Gut!

Heute treibt uns vor allem die desaströse Lockdown-Politik der CDU auf die Straße. Dadurch treten die Konfrontationspolitik, die illegalen Kriege vieler NATO-Staaten, die Aufrüstung und militärische Provokationen gegenüber Russland in den Hintergrund.

Aber wir sehen, wie in bisher nicht gekanntem Ausmaß Züge voller Panzer Richtung Osten durch Sachsen rollen, wie immer mehr Militärhubschrauber auf ihrem Flug nach Osten unsere Flughäfen benutzen, und wie durch eine sich verstärkende Sanktionspolitik zwei Drittel der sächsischen Exporte nach Russland wegbrechen.

Was ich damit sagen will: Auch wenn die Lockdown-Politik heute unsere Freiheit und unseren Wohlstand am direktesten bedroht, müssen wir ebenso für das friedliche Zusammenleben der Völker eintreten und die Kriegstreiberei der Regierenden angreifen. Ich bin deshalb froh, dass die AfD sich um eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland bemüht und die russische Regierung uns als Ansprechpartner für ein konstruktives Miteinander anerkennt.

Bismarck hat noch heute Recht: Wenn Deutschland und Russland sich gut verstehen, dann geht es Europa gut. Brüssel rühmt sich dieser Tage jedoch, Russland wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen, während die EU Folter und Mord in islamischen Staaten hinnimmt. Ganz vorn dabei: Deutschlands Außenminister Heiko Maas (SPD).

Er schwadronierte, es sei nötig gewesen, gegenüber Russland „ein Statement“ abzu-



geben. Was er dabei nicht begreift: Gerade zur Beilegung aufgeheizter, internationaler Konflikte ist Schweigen meistens Gold wert. Zudem vergisst Maas, dass die Worte eines Außenministers stets weitreichende politische und wirtschaftliche Folgen haben. Viele deutsche Unternehmen sahen sich aufgrund des vergifteten Verhältnisses zu Russland bereits gezwungen, ihre Mitarbeit an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 zu beenden. Bei Nord Stream 2 geht es für Deutschland um mehrere Milliarden Euro und unsere Energiesicherheit. Hier Öl ins Feuer zu gießen, wie Heiko Maas, ist unverantwortlich.

Europa braucht ein gutes, aber nicht kri-

stikloses Verhältnis zu allen Großmächten. Wir sind auf wirtschaftliche Kooperation und ein friedliches Miteinander angewiesen. Aus diesem Grund nehme ich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erst dann seine angeblich russlandfreundliche Haltung ab, wenn er eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Russland-Sanktionen startet.

Die AfD hat ihn dazu schon mehrfach aufgefordert. Bisher lehnte die CDU diese Initiativen immer ab. Bleibt das so, befördern Kretschmer und die CDU die Eskalation und schaden den vielen sächsischen Unternehmen, die sich intensive Kontakte nach Russland wünschen. *Jörg Urban, Mdl*

Frieden oder Freiheit?

Nein, liebe Leserin, sehr verehrter Leser, dies ist kein Druckfehler! Auch uns hier unten ist bekannt, dass wir immer für beides zu „kämpfen“ haben: Für Frieden und für Freiheit. Vielleicht auch noch für die Bewahrung unseres Wohlstandes oder gar um die Erhaltung unserer Existenz und der unserer Familien. Und wenn wir wegen des Ausnahmezustandes, in dem die Regierung unser Land seit über einem Jahr gefangen hält, darauf hinweisen, dass wir um Frieden **und** Freiheit, um Einigkeit **und** Recht, kurz, um die Erhaltung unseres demokratischen deutschen Rechtsstaates, „kämpfen“ müssen, gewinnt die Fragestellung der Überschrift ihre Berechtigung.

Allerdings ist in einem Rechtsstaat mit einer freien Marktwirtschaft, die für sich auch noch das Attribut des „Sozialen“ in Anspruch nimmt, das Nichtaggressionsprinzip, die absolute Friedenspflicht, das oberste Gebot. Deshalb gibt es ein Rechtssystem, welches die Regeln für den Wettbewerb oder für die Gewährleistung der Meinungsfreiheit, um zwei fundamentale Beispiele zu benennen, festlegt und sichern soll.

Was aber tut man, wenn der „Staat“ selbst diese Regeln bricht und zur Abwehr eines unsichtbaren Feindes „zum Wohl der Bürger“ ganz wesentliche Grundrechte suspendiert und ganz willkürlich wöchentlich neue Zwangsmaßnahmen anordnet und Privilegien verteilt? Was gilt, wenn offenbar wird, dass die Exekutive die „Pande-

miemaßnahmen“ in erster Linie zum eigenen Schutz vor dem Zorn der Bürger verordnet? Muss dann das Prinzip der Freiheit dem der Friedenspflicht immer noch untergeordnet werden?

Artikel 20 unseres Grundgesetzes trifft dazu unumstößliche Aussagen:

„...“

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Unsereiner ist der Meinung, dass alle Deutschen sogar eine Pflicht zum Widerstand haben, wenn die Regierung ganz offensichtlich dabei ist, die verfassungsmäßige Grundordnung unseres Staates mit wissenschaftlich unhaltbaren Behauptungen zu beseitigen und einen etatistischen Zentralstaat, genannt EU, zu errichten. Unser Grundgesetz lässt in Absatz 4 offen, welche „andere Abhilfe“ gemeint ist. Dazu wird es vielerlei Auffassungen geben. Wie jemand Widerstand leistet, hängt seinem Freiheitswillen und seinem Mut ab. Dafür gibt es keine Regeln...

Christian Schultze

Frieden, Freiheit, keine Diktatur!

Dieser Ruf klingt auf den Straßen und wird lauter. Immer mehr Menschen erkennen, daß die Corona-Zwangmaßnahmen rein politisch motiviert sind und mit einem Virus nichts mehr zu tun haben. Die Regierenden führen in regelmäßigen Abständen eine Show vor, um glauben zu machen, wie hart und tief bis in die Nächte hinein sie um unser Wohlergehen ringen. In Wirklichkeit ringen sie um immer weiteren Grundrechtentzug in diesem vom Grundgesetz nicht vorgesehenen Verbotsdirektorium aus Kanzlerin und Ministerpräsidenten. Es ist reine Demokratiesimulation. Massive Einschränkungen der Grundrechte für unser ganzes Volk bezeichnet Merkel als „Ruhetage“ und verhöhnt damit ihre Untertanen in zynischer Unverfrorenheit. Die Mehrheit läßt sich den Freiheitsentzug verängstigt und obrigkeitshörig gefallen und merkt nicht, daß wir inzwischen in einem Endstadium der bürgerlichen Freiheit angekommen sind. Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, Berufsfreiheit, Religionsfreiheit usw. scheinen abgetan, stattdessen Zwang, Verbote, Einschränkungen, hohe Strafen, irre Pflichten und sinnlose Vorschriften. Die Administration schuf sich ein Instrumentarium, mittels Testkapazitäten Daten zu erfassen, statistisch zu beeinflussen und manipuliert öffentlichkeitswirksam zu verbreiten um damit immer neue Freiheitseinschränkungen zu begründen. Viele meinen noch, „Corona-Dik-



tatur“ sei eine unsachliche Übertreibung. Das neue Infektionsschutzgesetz ist aber ein reales Ermächtigungsgesetz. Inzwischen werden höchstichterliche Entscheidungen mit Infektionsschutzverordnungen kassiert. Damit sind Justiz und Parlament entmachtet, die Gewaltenteilung ist dahin. Und genau das ist das Wesen einer Diktatur. Deshalb skandieren die Menschen auf den Straßen ahnungsvoll „Frieden, Freiheit, keine Diktatur!“ Denn das böse Spiel der Mächtigen kann auch unfriedlich enden. Carl Friedrich von Weizsäcker charakterisierte den Durchschnittsdeutschen 1983 so: Er ist des

Denkens entwöhnt, typischer Befehlsempfänger, ein Held vor dem Feind, aber ein totaler Mangel an Zivilcourage! Der typische Deutsche verteidigt sich erst dann, wenn er nichts mehr hat, was sich zu verteidigen lohnt. Wenn er aber aus seinem Schlaf erwacht ist, dann schlägt er in blindem Zorn alles kurz und klein – auch das, was ihm noch helfen könnte! Helfen könnte die AfD, wenn Sie liebe Leser uns helfen, nach der kommenden Bundestagswahl die Grundrechte wiederherzustellen und eine noch schlimmere Regierung zu verhindern.

Peter Schulze, Kreisrat

Genosse Stalin wusste Bescheid

Als altem Menschen kommen einem viele Erinnerungen empor: Wie untröstlich war ich, als unser Genosse Stalin starb. Das morgendliche Schuldefilee an dem Bild des Generalissimus vorbei, jährlich an seinem Todestag mit Trauerflor und welken Blumen, verbunden mit dem Schluchzen der Schülerinnen werde ich nie vergessen. Als wäre die Welt im All stehengeblieben, so fühlten wir uns Erstklässler damals. In kritischen Lebenssituationen greife ich deshalb oft zu den Klassikern. Was ich bei Stalin finde, beruhigt mich: „Es ist allgemein anerkannt, dass keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann. Aber diese allgemein anerkannte Regel wurde in unverfrorenster Weise ignoriert und mit Füßen getreten. Es bildete sich eine abgekapselte Gruppe unfehlbarer leitender Persönlichkeiten heraus, die, nachdem sie sich gegen jede Möglichkeit einer Kritik gesichert hatte, eigenmächtig zu wirtschaften und ihr Unwesen zu treiben begann.“ (Josef Stalin: Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft [1950]. Werke, Band 15, Dortmund 1979 [!], S. 126). Es steht also geschrieben, was wir heute erleben müssen: Abgekapselte Gruppen treiben ihr Unwesen und unterbinden jede Kritik daran. Die Regierung möchte in den nächsten Jahren Milliar-



den ausgeben, um Kritiker zum Schweigen zu bringen. Aber das Schlimmste sind Wahlen, in die man das Volk einbeziehen muß. Der Generalissimus bedachte auch dieses Problem: „Die Menschen, die bei einer Wahl ihre Stimme abgeben, entscheiden gar nichts. Die Menschen, die die Stimmen weiterleiten und auszählen, entscheiden alles.“ Oder mit dem „Idol“ meiner frühen Jugend nochmals kräftiger ausgedrückt: „Der Staat ist eine Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstands ihrer Klassegegner. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Diktatur des Proletariats im Grunde genommen durch nichts von der Diktatur jeder anderen Klasse, denn der proletarische Staat ist eine Maschine zur Niederhaltung der Bourgeoisie.“ Die Mitte der

Gesellschaft, das Bürgertum platt zu machen, das gelang Stalin nahezu. Für seine eigene Klientel sah der Visionär Josef Wissarionowitsch Stalin die globalistische Zukunft allerdings schrecklich voraus: „Wenn ich einmal nicht mehr bin, werden euch die Imperialisten ersäufen wie einen Wurf junger Katzen.“ Wohl denn, Genosse Stalin, da bin ich wieder ganz bei Dir!

Peter Schulze, Kreisrat

Bundesparteitag in Dresden beschließt Corona-Resolution

Dresden, 10. April 2021. Auf dem Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in Dresden haben die Delegierten eine Corona-Resolution beschlossen. Mit den verabschiedeten Maßnahmen zeigt die AfD einen Weg zurück in die Normalität auf.

Die AfD fordert die Bundes- und Landesregierungen in der Resolution konkret zu folgenden Maßnahmen auf:

1. einen breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs zuzulassen und dabei auch renommierte Wissenschaftler mit abweichender Meinung zum Umgang mit der derzeitigen Situation gleichwertig zu Wort kommen zu lassen. Gelegenheit dazu gäbe ein unabhängiges Expertengremium, in dem nicht nur Virologen und Epidemiologen, sondern auch Psychologen, Soziologen, Ökonomen und Verfassungsrechtler vertreten sind und auch gehört werden müssten.

2. zu seit Jahrzehnten bewährten Diagnosemethoden zurückzukehren, die eine Anamnese des Patienten mit einschließt. Der PCR-Test allein ist nicht geeignet, um eine Infektion sicher nachzuweisen. Täglich veröffentlichte Infektionszahlen dürfen deshalb nicht mehr ausschließlich auf Labordiagnostik beruhen.

3. reelle und für die Bevölkerung wichtige und nachvollziehbare Verhältnismäßigkeiten herzustellen, z.B. die Zahl der aktuell Erkrankten der Zahl der nicht betroffenen Gesamtbevölkerung gegenüber zu stellen. Derzeit leiden 99,82% der Bevölkerung un-

ter den verordneten Maßnahmen aufgrund nur 0,18% positiv Getesteten.

4. hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Gefahren und Langzeitfolgen der ungewöhnlich schnell zugelassenen, erstmalig auf mRNA basierenden, Impfstoffe die Bevölkerung keinerlei Risiken auszusetzen. Die Meldungen über alarmierend hohe Nebenwirkungen aus verschiedenen Ländern müssen ernst genommen werden, die auffällig vielen Corona-Ausbrüche und erhöhten Sterberaten nach Impfungen in Heimen untersucht werden. Die Bevölkerung ist über bestehende Risiken transparent und unvoreingenommen aufzuklären.

5. jedweden, auch indirekten, Zwang zur Durchführung von Tests, Impfungen u.a. durch Einführung sogenannter Schnelltest-Apps und des grünen Impfpasses, sowie Benachteiligungen für Maskenbefreite zu unterlassen. Die grundgesetzlich garantierten Rechte auf Menschenwürde und auf körperliche Unversehrtheit sind zu bewahren und zu schützen, den Ärzten das Recht auf freie Ausübung ihres Berufes nach ihrem Gewissen weiterhin zu ermöglichen und zu gewährleisten.

6. Kinder als Corona-Maßnahmenopfer besonders ins Blickfeld zu nehmen. Laut der Bundes Psychotherapeuten Kammer leiden weit über 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland unter dem erneuten Lockdown während der zweiten Coronawelle. Fast jedes dritte Kind ist momentan psychisch auffällig.



7. anstatt einer Politik der Angst, wie im Strategiepapier des Bundesinnenministeriums enthalten, eine Politik der Verhältnismäßigkeit (nur 0,18% der Bevölkerung sind aktuell positiv getestet) zu betreiben, die Zuversicht verbreitet und Empfehlungen für Maßnahmen beinhaltet, die das Immunsystem stärken.

8. den Menschen wieder Eigenverantwortung und Freiheit zurückzugeben. Dabei soll es den mündigen Bürgern überlassen bleiben, in welchem Maße sie sich selbst schützen möchten und auch den älteren Menschen wieder entsprechend einer menschenwürdigen Behandlung ihre Selbstbestimmung zurückzugeben und sie darin bestmöglich zu unterstützen und zu schützen.

9. den staatlich verordneten Lockdown sofort zu beenden und den vielen existenzgefährdeten Betrieben und ihren Mitarbeitern und allen Menschen wieder ihre grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte allumfassend zurückzugeben.

Karsten Hilde, MdB

Widerspruch gegen die Allgemeinverfügung vom 05.04.2021

Sehr geehrter Herr Landrat Harig, mit Ihrer neuesten Allgemeinverfügung vom 05.04.2021 wollen Sie den Bürgern im Landkreis unterschiedliche Rechte in Abhängigkeit von tagesaktuellen negativen Corona-Schnelltests zugestehen. Das ist aus unserer Sicht der Beginn einer Zweiklassengesellschaft nach Bewertung biologischer Merkmale.

Seit der ersten Ihrer Corona-Allgemeinverfügungen beobachten wir die zunehmende Einschränkung unserer Freiheitsrechte.

Jetzt heben Sie sogar die Gleichbehandlung auf!

Die verordnete Testpflicht verfolgt kein gesundheitspolitisches Ziel, sondern eher jenes der Abschreckung. Jeder Einkauf, Museumsbesuch oder eine Urlaubsreise soll in ein unerträgliches bürokratisches Desaster verwandelt werden durch Wartezeiten, Ter-

minbuchungen, unvorhersehbare Kosten, Quarantänezwang und Strafen wegen willkürlicher Regeln.

Medial wird die gesellschaftliche Ausgrenzung derer schon vorbereitet, die sich dem Test- und Impfirrsinn nicht beugen wollen.

Die von Ihnen forcierte und installierte inflationäre Testerei wird mathematisch erwartungsgemäß wieder zu einer steigenden Anzahl von positiven Testergebnissen führen.

Die Undurchschaubarkeit bei der Aufrechnung der positiv Getesteten trägt zu einem kontinuierlichen Anheizen der vermeintlichen Fallzahlen bei.

Mehr Positive, mehr Maßnahmen – noch mehr Positive, noch mehr Maßnahmen und noch mehr Druck für Tests und Impfung in dieser menschenfeindlichen Pandemiesimulation von gewissenlosen Virologen und Po-

litikern.

Ihre beratungsresistente geschlossene Anstalt des Gesundheitsamtes agiert gegen die Interessen der eigenen Bürger wegen einer der im Weltvergleich mit Abstand am wenigsten tödlichen Seuche der Geschichte.

Nur 0,03 Prozent der Weltbevölkerung sind bisher an oder mit Covid 19 gestorben, also 99,97 Prozent haben überlebt.

Dafür der Irrsinn der Zerstörung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens, der unglaublichen Verbote, der Angstverbreitung, der Uniformierung mit unnützen oder schädlichen Masken, dem Impfen bis zur Hirnvenenthrombose, dem Brechen des freien Willens, strenger Strafen für Nichtigkeiten, Existenzzerstörungen, Schäden und Verluste ganzer Bildungsjahrgänge, das Ausmerzen von Freude, Glücksmomenten, Gemeinsam-

keit, Zuneigung, Berührung, Umarmung, Feiern, tradiert nationaler und kultureller Überlieferungen usw. ...

Herr Landrat, Sie schreiben von Lockerungen, welche in Wirklichkeit zynische Verschärfungen sind, und kündigen gleichzeitig deren Aufhebung an, wenn es zur Überschreitung einer festgelegten Anzahl belegter Krankenhausbetten kommt.

Der Staatsrechtler Paul Kirchhof und ehemaliger Vize-Verfassungsgerichtspräsident stellte gegenüber der „WELT“ kürzlich die Rechtslage so dar, daß der Staat die Eingriffe mit einer möglichen Überlastung des Gesundheitssystems nicht begründen kann. Der Schutz des Gesundheitssystems könne „nur ein Hilfsziel für den Schutz von Leben und Gesundheit in extremer Not sein“, so der Staatsrechtler, „Allein um staatliche Therapieeinrichtungen nicht zu überlasten, dürfen die Grundrechte des Bürgers nicht beschränkt werden. Da muss der Staat dann schlicht mehr Einrichtungen schaffen.“

Das leuchtet jedem Menschen mit klarem Verstand ein, zumal der Staat Monate dafür Zeit hatte. Tatsächlich baute er aber in dieser Zeit Kapazitäten ab und schloß ganze Krankenhäuser.

Im Namen der AfD-Fraktion verlange ich die Rücknahme der Allgemeinverfügung vom 05.04.2021 in Verbindung mit einer sofortigen Rückkehr zur unbeeinträchtigten Lebensvielfalt der Menschen in unserem Landkreis.

Mit freundlichen Grüßen
Henry Nitzsche
Vorsitzender

AfD bestellt – CDU und SPD liefern – Arbeitsteilung im Interesse der Bürger

Haushaltsplan des Landkreises unter Auflagen beschlossen

Der Kreistag hat am Montagabend den Haushaltsplan 2021/22 beschlossen. Allerdings konnte Landrat Michael Harig nur 55 der 85 anwesenden Kreisräte für den Haushaltsplanentwurf gewinnen. 17 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen sprechen eine deutliche Sprache der Skepsis und der Zweifel. Zweifel darüber, ob das verbindliche Eckpunktepapier, welches nach 2023 deutliches Sparpotential mit Änderung des Stellenplanes aufzeigen soll, überhaupt wirkt.

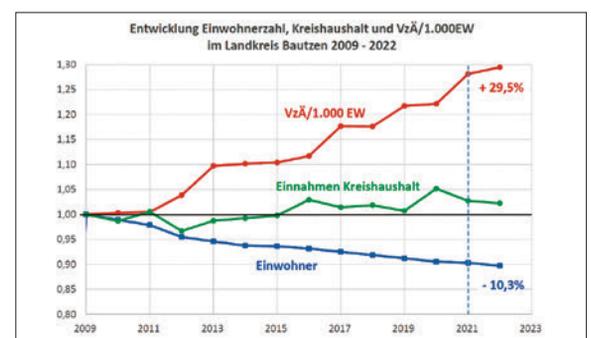
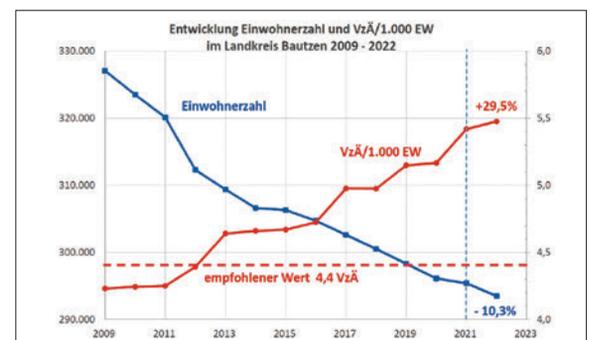
„Die Daumenschrauben für die Verwaltung hätten viel enger angezogen werden müssen“ so Henry Nitzsche.

Bei seiner Einführungsrede traute sich der 1. Beigeordnete nicht einmal, das planmäßige Jahresdefizit von knapp 20 Mio. € zu benennen. Vielmehr bemühte er vier Prozent Fehlbetrag, was bei weitem nicht so alarmierend klingt.

„Die 39% Kreisumlage kommen näher, so wie der Eisberg vor der Titanic. Allerdings mit dem Unterschied, daß die Politische Spitze vom Eisberg weiß“ so Nitzsche weiter.

Um die jahrelangen Forderungen der Landesdirektion zum Personalabbau endlich wirksam in Angriff zu nehmen und die Verschuldung des Landkreises zu stoppen, stellte die AfD-Fraktion im Vorfeld der Sitzung mehrere Änderungsanträge zum Entwurf des Haushaltsplanes. Kernpunkte waren die Personalkosten, Kosten für Sach- und Dienstleistungen sowie die Sportförderung. „Ganz offensichtlich haben wir damit die Altparteien hinter dem Sofa hervorgeholt. Mit Ihren Änderungsanträgen folgten CDU und SPD thematisch unseren Vorgaben. Fleißig wurde abgeschrieben und vereinfacht, fremde Ideen als eigene dargestellt und 3 Tage vor der Sitzung noch flugs beschlossen“.

Henry Nitzsche, Fraktionsvorsitzender



AfD-Antrag Zweitwohnungssteuer erfolgreich abgestimmt

Die AfD-Bischofswerda stellte im Stadtrat ihren Antrag zur Zweitwohnungssteuer vor. Dieser wurde im Bischofswerdaer Stadtrat angenommen. Studenten, Lehrlinge und Schüler aus Bischofswerda, deren Studium, schulische oder berufliche Ausbildung eine Zweitwohnung am Ausbildungsort erfordert und für diese Nebenwohnung zur Zweitwohnungssteuer veranlagt werden, erhalten einen Zuschuss in Höhe von bis zu 250 Euro pro Jahr auf entrichtete Zweitwohnungssteuer, wenn sie ihren Hauptwohnsitz in Bischofswerda behalten.

Wiederholte Verschiebung der Fertigstellung S177

Im September 2017 begann der Neubau der S 177 zwischen Radeberg und der A4. Die Fertigstellung war für 2020 geplant. Nun ergab eine Kleine Anfrage (Drs.Nr. 7/5764) des Bautzener AfD-Landtagsabgeordneten Frank Peschel, dass die Fertigstellung für das Jahr 2023 geplant ist.

Dazu kommentiert Frank Peschel, direkt gewählter Landtagsabgeordneter aus der Oberlausitz:

„10 Prozent höhere Baukosten und 100 Prozent verlängerte Bauzeit. Das ist das traurige Zwischenergebnis des 5,3 km langen Teilstraßenneubaus der S177.

Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass sich die Fertigstellung, ohne Angabe von Gründen immer weiter verschiebt, wo der Straßenabschnitt doch bereits 2020 fertiggestellt sein sollte. Mittlerweile wird die Fertigstellung mit 2023 angegeben.

Die Verspätung bei der Freigabe der S177, die gestiegenen Baukosten und Fehlplanungen stehen exemplarisch für die Umsetzung von Infrastrukturprojekten in Sachsen. Das ist völlig inakzeptabel. Ein weiteres Beispiel ist der Ausbau der A4 von Bautzen nach Nos-

sen, der nach jetzigem Stand 20 Jahre dauern wird.“

Frank Peschel,
MdL



Pandemie und / oder Vision „Spreeator“ ? !

Auch die Bautzener Stadtgesellschaft beschäftigt z. Zt. vor allem ein Thema: die Auswirkungen / Maßnahmen der sogenannten C-Pandemie.

Negative finanzielle Auswirkungen hat dies neben Selbständigen, Gewerbetreibenden, Gastronomen und Anderen auch für den Haushalt der Stadt Bautzen.

So ergibt sich für das Jahr 2021 ein Fehlbetrag von ca. 3,5 Mio. Euro und 2022 von ca. 4 Mio. Euro.

Freiwillige Leistungen der Stadt und geplante Projekte können zum Teil nicht mehr finanziert werden.

Auch die geplante Sanierung der Schiller-Kita kann 2021 wegen Geldmangel nicht erfolgen. Wenn wir für das Wohl unserer Kinder kein Geld haben, erscheint es verwunderlich, dass Bautzen für die Vision „Spreeator“ z. Zt. Geld hat und auch noch ausgeben will. Eine jetzt veröffentlichte „Studie zur Ermittlung der touristischen Wertschöpfung durch den Bau einer Fußgängerbrücke“ einer Düsseldorfer Firma, für ca. 25.000 Euro, wirbt mit fragwürdigen, unrealistischen Zahlen zum Tourismus für diese Brücke.

Von den, mit Stadtratsbeschluss vom März 2019, bewilligten 300.000 Euro für die Planung des Brückenbaus sind noch ca. 238.000 Euro im Bestand.

Im Haushaltsplan 2021 sind für die Brücke weitere 180.000 Euro geplant, was wir nicht richtig finden. Also insgesamt eine Summe 418.000 Euro.

Bei dem herrschenden finanziellen Defizit der Stadt und der finanziellen und moralischen Krise vieler Menschen der Stadtgesellschaft verbietet es sich, z. Zt. weitere Gelder für dieses Projekt auszugeben.

Unsere beiden Anträge zur Durchführung eines Bürgerentscheids zum Brückenbau vom 30.10.2019 und 30.09.2020 wurden von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Ob für die zukünftige Entwicklung der Stadt Bautzen eine neue Spreebrücke zur Ortenburg als extremer Eingriff in das Stadtbild mit jahrhundertealten Mauern und Gebäuden eine wichtige, bzw. entscheidende Rolle spielt, ist sehr umstritten. Ebenso umstritten ist, ob die enormen Kosten für Planung, Bau sowie Folge- und Unterhaltungskosten der Brücke gerechtfertigt sind.

Wir denken: NEIN.

Siegward Albert, AfD – Stadtratsfraktion Bautzen



Blühende Landschaften – oder was der Lausitz blüht **Folge 3**

Damit unsere Leser im Wahljahr 2021 wissen, wohin die Reise mit den Altparteien geht, beackert die BLAUE POST BAUTZEN in dritter Folge die „Zukunftsfelder“ der Lausitz entsprechend des „Kernpapiers“ der „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“ von der „Wirtschaftsregion Lausitz GmbH“. Kursiv gestellt sind die Originalzitate.

Tagebauflächen, Energiewirtschaft: Nutzung des von der Lausitz ausgehenden Höchstspannungsnetzes. Die neue Höchstspannung kommt aus *Wasserstoff, Power-to-X, schwimmenden Solarmodulen, Windkraftanlagen und Solarparks auf Tagebaukippen und Seewasserwärmepumpen in Tagebauseen*. Damit das klappt gibt es *Experimentierklauseln, „Reallabore“ und regulatorische Maßnahmen für die Nutzung Regenerativer Energien*.

Forschung, Experimentierfelder und Energie: Die institutionelle Verankerung der Theorie in der Praxis gelingt durch den Einsatz von *Scouts oder Business-Development-Managern in Kompetenzzentren, professionelle Wissenschaftskommunikation und Präsentation in Show-Rooms*. Die Lausitz ist vorgesehen für die *Durchführung von Realexperimenten, der Verstärkung der 5G-Modellregion und als Reallabor für 300-mm-Wafer-Technologien und Etablierung eines „one stop shop“ für flexible Produktion*. Das Miteinander der Akteure wird verbessert durch *niederschwelliges Zusam-*

menkommen Gleichgesinnter, Innovationsradare, „Shared Research Groups“, Virtual-Reality-Touren und durch Inkubatoren und Acceleratorenprogramme. Ganz wichtig: Sichtbarkeit innerhalb der EU durch *Präsenz in Brüssel*.

Wirtschaft und Unternehmertum: Lag das Bruttoinlandsprodukt bisher pro Erwerbstätigen in der Lausitz bei ca. 75 % des bundesdeutschen Durchschnittes, so soll es nach der Transformation steil bergauf gehen. Ewa so: *endogene Entwicklungspotenziale nutzen, agile Steuerung mittels Big Data und Simulationstechniken sowie Beteiligungsformate wie Open Government und Open Data, Zukunftscluster mit Hauptfokus auf MINT, Zukunftscluster mit großem Potential in den Bereichen Energie, Bioökonomie und Ressourceneffizienz, Entwicklung der Bestandscluster Metall/Maschinenbau, Bereitstellung genereller Ressourcen für professionelles Clustermanagement, Konzentration auf Themen wie Industrie 4.0, smarte Dienstleistungen, Künstliche Intelligenz, Mikrosensorik, autonomes Fahren, klimafreundliche Antriebe und dekarbonisierte Energiegewinnung*. Die Vision runden Prototypenwerkstätten (Marker Spaces) und Acceleratoren für Unternehmensgründungen ab.

Peter Schulze, Kreisrat

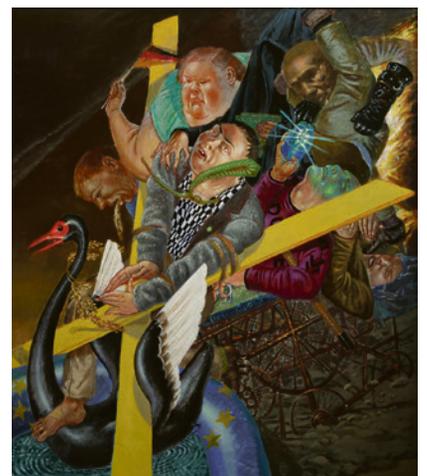


Die „Deutsche Karre“

Ein fahrbares Endgerät zeitgemäßer Ingenieurskunst scheint total im Dreck zu stecken. Das Gerät, oder besser die Karre, ist besetzt mit einem „Volkspersonal“, dessen degenerativer Verfall unübersehbar ist. Es geht hart und gewalttätig zu. Auch eine herbeigelockte Fremde, tiefverschleiert und mit göttlichem Buch in der Hand, fährt mit. Hinten scheint das Gefährt schon Feuer gefangen zu haben. Einer hält die Leuchte mit dem Blaulicht hoch für die freie Fahrt in den Dreck. Wie die fettleibige Frau die Fahne faßt, erinnert an jene Geste, mit welcher Merkel 2013 auf der CDU-Wahlparty unsere Nationalfahne angewidert wegwarf. Ganz vorn sitzt einer mit irrem Blick, das gelbe Kreuz der Kohlegasgegner an die Arme geschwallt, die Hände zur Raute des Gravens geformt. War der Grünbeschlipste der Steuermann für die Fahrt in den Dreck? Zieht der schwarze Schwan mit goldenem Eichenlaub die Karre? So wie er in Wagners Oper Lohengrin das Boot zieht? Oder erscheint er bei der Kollision mit dem Sternenaufblasbecken plötzlich als „unvorhersehbares“ Ereignis, das nahe Ende symbolisierend? Und hängt das Ende vielleicht mit dem Sternenbecken zusammen? Praselt der finale europäische Sternenregen nach dem Auftauchen des schwarzen Schwans herab? „Nie sollst du mich befragen / noch Wissens Sorge tragen...“, heißt es im Lohengrin. Nur der Künstler könnte das Rätsel des Schwans und der Karrenbesetzung entschlüsseln. Fest steht nur eines, mit diesem dargestellten Personal ist schon

längst kein Staat mehr zu machen. Hier gilt es gegenzuhalten! Die AfD tritt für einen grundlegenden Wandel in unserem Lande ein. Im bevorstehenden Wahlkampf werden wir den Menschen erklären, welches moderne, zukünftige Deutschland wir wollen: Eine wieder selbstbewusste Nation, mit fleißigen, klugen, liebevollen, solidarischen, leistungsbewussten, zuverlässigen und patriotischen Menschen. Menschen, die wieder Familiensinn pflegen und den Schutz der Grenzen und der Heimat hochhalten, die den sinnvollen Fortschritt und eine gute Bildung wollen, die regen Handel mit ihren Nachbarn und der Welt treiben, unabhängig und selbstbestimmt sind und sich militärisch defensiv gut zu schützen wissen. Ob uns das gelingt, liegt auch an Ihnen, liebe Leser. Es muß nicht wie bei Wagner im Lohengrin enden, wo das Volk zum Schluß vor Entsetzen „Weh!“ und „Ach!“ schreit.

Peter Schulze, Kreisrat



Stachelblüten

Ich hatte große Zweifel an den Darstellungen und Erklärungen der Regierung und der Medien zum Thema Corona. Meine Skepsis wurde immer größer. So begann ich selbst zu recherchieren und zu vergleichen. Einige Beispiele gefällig?

Frau Merkel macht auf Panik: 50 bis 64 Millionen Infizierte –

Knapp 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland könnten sich mit dem Corona-Virus infizieren, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Bundespressekonferenz am 11. März 2020 in Berlin.“ (www.tagesschau.de, 11. März 2020) Das sind rund 50 bis 64 Millionen Bürger! Erfinder dieser Zahlen ist Herr Drosten, Charité-Chefvirologe.

Auf Grund dieser Aussage wurden im Frühjahr 2020 Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland nahezu lahmgelegt!

Tatsächlich: 1 Million Infizierte – „Die Gesamtzahl der bislang nachgewiesenen Corona-Infektionen in Deutschland hat die Marke von einer Million überschritten.“ (www.t-online.de vom 27. November 2020). **Frau Merkel schätzte kolossal falsch. Es sind nicht 60 bis 70 Prozent, sondern 1,25 Prozent!**

Anmerkung zu „Infizierte“ – Die sogenannten Infizierten werden mit dem umstrittenen PCR-Test festgelegt. Der Test ermittelt nicht das Virus, sondern Erbgut-Bestandteile von allem Möglichen. Er ist also eine Mogelpackung und genügt mit seinen Ergebnissen in keiner Weise den Anforderungen des deutschen Infektionsschutzgesetzes. Natürlich wissen das die Verantwortlichen. Sie beheben diesen Fehler aber nicht, weil der PCR-Test eben massenhaft „Infizierte“ liefert.

Verheerende Corona-Welle? – Charité-Chefvirologe Christian Drosten hat vor einer verheerenden Corona-Welle nach dem Sommer gewarnt. „Im Herbst wird es kritisch, das ist klar. Ich erwarte dann eine schlagartige Zunahme der Corona-Fälle mit schlimmen Folgen und vielen Toten.“ (Osnabrücker Zeitung, März 2020)

Sterberate tatsächlich 0,05 Prozent – „Im Schnitt sterben nur 0,23 Prozent der Corona-Infizierten. Eine von der WHO veröffentlichte Studie sagt nun: Möglicherweise ist das Coronavirus gar nicht so tödlich, wie diese Zahlen suggerieren. So betrug die Sterberate in Gruppen mit Personen ausschließlich unter 70 Jahren nur 0,05 Prozent.“ (www.focus.de, 26.10.2020)

Ist Herr Drosten noch zu trauen?

Minister Spahn: Friseure bleiben offen! – Gesundheitsminister Spahn sagte am 1. September 2020 auf einer Freibühne in Bottrop: „Man würde mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, keine Friseure mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch mal passieren.“

Tatsächlich: Kein Haarschnitt mehr – „Ist der Betrieb von Friseursalons, Nagel- und Kosmetikstudios erlaubt? Nein, denn es handelt sich um körpernahe Dienstleistungen.“ (www.sachsen.de, 2. November 2020)

Was ist eine ministerielle Aussage noch wert? – Ärzte fordern ein sofortiges und vollständiges Herunterfahren des öffentlichen Lebens „Die Krankenhäuser müssen immer mehr schwerkranke Corona-Patienten aufnehmen und ein Ende der Infektionswelle ist nicht in Sicht. Ärzte fordern ein sofortiges und vollständiges Herunterfahren des öffentlichen Lebens.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 11.12.2020)

Tatsächlich im intensivregister.de:

Anzahl Covid-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung

09.01.2021 5.391

13.04.2021 4.688

Die Inanspruchnahme der Intensivbetten zeigt folgendes:

Intensivbetten	vorhanden	belegt	zusätzliche Reserve
09.01.2021	24.086	20.466	10.330
13.04.2021	23.905	21.006	10.322

Recherchieren die Leute bei der FAZ nicht oder täuschen sie? – Es ist also sehr wichtig, den eigenen Kopf einzusetzen, und das von Politikern, Presse und Fernsehen Dargelegte einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Das gilt nicht nur für Corona. Gott sei Dank gibt es eine Reihe von verlässlichen und unabhängigen Quellen, die man zu Rate ziehen kann.



Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Wittichenau



Wittichenau ist eine sächsische Kleinstadt mit 5729 Einwohnern (Stand: 31. Dezember 2019) im sorbischen Siedlungsgebiet.

Das Wappen stammt vermutlich aus dem 16. Jahrhundert und wurde 1639 zum ersten Mal erwähnt. Es zeigt die Jungfrau Maria im blauen Gewand und um den Kopf einen silbernen Heiligenschein.

Seit dem 3. Jahrhundert bildet das Marienbildnis den häufigsten Gegenstand der christlichen Kunst.

Maria, die Mutter Jesu, ist in verschiedenen Darstellungen in Wappen zu finden.

Maria kann stehend mit Jesuskind im rechten oder linken Arm oder sitzend auf einem Thron mit dem Kind auf dem Schoß dargestellt sein. Auch die Darstellung als Jungfrau in kniender oder betender Haltung kommt vor. Maria selbst erscheint im Wappen oft gekrönt und mit Heiligenschein, mit einem faltenreichen Gewand und offenem Haar. Die Farbe des Gewandes kann zwischen blau, rot, Gold oder Silber variieren. Manchmal wird das Bildnis auch von Rosen oder Lilien geschmückt.

Manchmal ist die Figur der Maria auch als Mondsichelmadonna ausgeführt.

Quelle: Wikipedia

Spendenkonto:

Alternative für Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband Bautzen Spende

Impressum:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilsch
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afd Bautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

Jürgen Mädler